

1	Einleitung	1
1.1	Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
1.2	Begriffsbestimmung und Eingrenzung	6
2	Aufsichtsratsfrage und Reformbestrebungen in der Weimarer Republik	11
2.1	Erste Aufsichtsratsfrage und Treuhandgesellschaften	11
2.2	Erster Weltkrieg und die Lehre vom Unternehmen an sich	17
2.3	Aktienrechtsreform zur Kompensation von Aufsichtsratsdefiziten	21
2.3.1	Kriegsfolgen, Inflation und „Überfremdungsabwehr“	21
2.3.2	Reformanregungen geprägt durch Kapitalmangel	28
2.4	Zusammenfassung und Stellungnahme	36
3	Einführung der Pflichtprüfung als Reaktion auf Vertrauenskrise	37
3.1	Aktienskandale überschatten den langwierigen Reformprozess	37
3.2	Erster Gesetzesentwurf von 1930 und deutsche Bankenkrise	41
3.3	Bankenkrise erzwingt Teilreform von September 1931 (Notverordnung)	49
3.4	Zum Verhältnis von Aufsichtsrat und Abschlussprüfer	53
3.4.1	Der Beginn des aktienrechtlichen Überwachungs dualismus	53
3.4.2	Selbstständigkeitsgebot des Aufsichtsrats	59
3.4.3	Garantie- und Unterstützungsfunktion des Abschlussprüfers	62

3.5	Der Zusammenhang von Abschluss- und Geschäftsführungsprüfung	69
3.5.1	Merkmale, Gegenstände und Grenzen der Abschlussprüfung	69
3.5.2	Überschneidungen von Abschluss- und Geschäftsführungsprüfung	73
3.5.3	Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse öffentlicher Betriebe	78
3.5.3.1	Zwecksetzung der Notverordnung vom 6. Oktober 1931	78
3.5.3.2	Geschäftsführungsprüfung unter anderer Bezeichnung	80
3.6	Machtergreifung überlagert die Vollendung der Gesamtreform	81
3.7	Zusammenfassung und Stellungnahme	85
4	Vom Überwachungs dualismus zum kooperativen Überwachungssystem	87
4.1	Aufsichtsrat und Abschlussprüfer im Aktiengesetz von 1937 ...	87
4.1.1	Ideologische und tatsächliche Reformanliegen	87
4.1.2	Kompetenzabgrenzung schärft Verwaltungs dualismus	91
4.1.2.1	Vorstand entthront Hauptversammlung	91
4.1.2.2	Aufsichtsrat wird genuines Überwachungsorgan	93
4.1.3	Funktion und Maßstab der Abschlussprüfung	99
4.1.3.1	Tätigkeit im öffentlichen Interesse	99
4.1.3.2	„Führerprinzip“ spaltet Prüfungsmaßstab	102
4.2	Unternehmensüberwachung in der Sozialen Marktwirtschaft	105
4.2.1	Nachkriegswirtschaft und politische Reformabsichten	105
4.2.2	Der Beginn der Professionalisierung des Aufsichtsrats	115
4.2.3	Unklarer Aufgabenbereich des Abschlussprüfers im AktG 1965	120
4.2.3.1	Redepflicht über wirtschaftliche Verhältnisse	120
4.2.3.2	Gegenstand und Umfang der Abschlussprüfung	125

4.2.4	Zwischenergebnis und Stellungnahme	134
4.3	Ausweitung und Funktionswandel der Abschlussprüfung	136
4.3.1	Rechtsformneutrale Abschlussprüfung seit BiRiLiG 1985	136
4.3.2	Zeitgeist und Vertrauenskrise der Wirtschaftsprüfung	138
4.3.3	Konstruktion eines kooperativen Überwachungssystems	142
4.3.3.1	Deutscher Verwaltungs- und Überwachungsdualismus	142
4.3.3.2	Funktionswandel der Prüfung im KonTraG 1998	145
4.3.3.2.1	Risikoorientierung und Ausweitung der Prüfung	145
4.3.3.2.2	Priorisierung der Unterstützungsfunktion	147
4.3.3.3	DCGK und Entsprechenserklärung im TransPuG 2002	152
4.3.4	Zwischenergebnis und Stellungnahme	158
4.4	Zusammenfassung und Stellungnahme	159
5	Schleichende Durchbrechung des kooperativen Überwachungssystems	163
5.1	Reform der Abschlussprüfer ohne Reform der Abschlussprüfung	163
5.1.1	Die Reformen infolge des <i>Enron</i> -Skandals in den USA	163
5.1.1.1	Neue Ausschlussgründe im BilReG 2004	163
5.1.1.2	Enforcement durch DPR und BaFin im BilKoG 2004	166
5.1.1.3	Berufsaufsicht im APAG 2004 und BAREfG 2007	168
5.1.2	Negation der Unterstützungsfunktion im BilMoG 2009	169
5.1.2.1	Abkehr vom kooperativen Überwachungssystem	169
5.1.2.2	Keine (Pflicht-)Prüfung der Governance-Publizität	171
5.1.2.3	Keine (Pflicht-)Prüfung der Governance-Systeme	176

5.1.3	Europäische Reform der Abschlussprüfung 2014	179
5.1.3.1	<i>Subprime</i> -Krise und Rolle der Abschlussprüfer	179
5.1.3.2	Externe Rotation und Unabhängigkeit im AReG 2016	181
5.1.3.3	Öffentliche Prüferaufsicht im APAREG 2016	182
5.1.4	Pflichtprüfung ohne Kontakt zum gesellschaftlichen Wertewandel	183
5.1.4.1	Keine Prüfung des CSR-Berichts im CSR-RUG 2017	183
5.1.4.2	Keine Prüfung der Entgeltgleichheit im EntgTranspG 2017	184
5.1.4.3	Entzug der Vergütungsprüfung durch ARUG II 2019	185
5.1.5	Zwischenergebnis und Ausblick auf das FISG 2021	186
5.2	Mitunternehmerfunktion und Professionalisierung des Aufsichtsrats	188
5.2.1	Ursprung und Zielsetzung der Aufsichtsratsprofessionalisierung	188
5.2.2	Wachsender Zukunftsbezug der Überwachungsaufgabe	191
5.2.2.1	Mitunternehmerische Verantwortung des Aufsichtsrats	191
5.2.2.2	Effektuierung der Aufsichtsratsarbeit seit den 90er-Jahren	192
5.2.2.3	<i>Follow-up</i> -Berichterstattung und Zustimmungsvorbehalte	194
5.2.3	Haftungsprivileg der <i>business judgment rule</i>	195
5.2.4	Zunehmende Qualifikations- und Unabhängigkeitsanforderungen	197
5.2.5	Einführung und Verselbstständigung des Prüfungsausschusses	200
5.2.5.1	Der Prüfungsausschuss als <i>Legal Transplant</i> aus den USA	200
5.2.5.2	Systemfremde Übernahme von <i>Audit-Committee</i> -Pflichten	206
5.2.5.3	Konzeptionelle Defizite im Bereich der Systemprüfung	208

5.3	Stellungnahme zu erforderlichen Systemkorrekturen	210
5.3.1	Enforcement der Corporate-Governance-Publizität	210
5.3.2	Externe Prüfung der Corporate-Governance-Publizität	212
5.3.3	Externe Prüfung der Corporate-Governance-Systeme	215
6	Asymmetrische Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung	221
6.1	Geschäftsführungsprüfung durch den Aufsichtsrat	221
6.1.1	Dreifach geschichtete Überwachungsfunktion	221
6.1.2	Die allgemeine Überwachung der Geschäftsführung	222
6.1.2.1	Gegenstand der Überwachung	222
6.1.2.1.1	Sachliche Eingrenzung	222
6.1.2.1.2	Personelle Eingrenzung	225
6.1.2.2	Tatsachenfeststellung als Überwachungsauftakt	226
6.1.2.2.1	Informationsdefizit im Verwaltungsdualismus	226
6.1.2.2.2	Kein Informationsmonopol des Vorstands	228
6.1.2.3	Tatsachenbeurteilung als Herzstück der Überwachung	230
6.1.2.3.1	Ableitung der Überwachungsmaßstäbe	230
6.1.2.3.2	Rechtmäßigkeit	231
6.1.2.3.3	Zweckmäßigkeit/ Wirtschaftlichkeit	233
6.1.2.3.4	Ordnungsmäßigkeit	234
6.1.2.4	Situations- und amtsadäquate Überwachungsaufgabe	239
6.1.2.4.1	Zweifach gestufte Überwachungsintensität	239
6.1.2.4.2	Art und Umfang der Überwachungstätigkeit	241
6.1.2.5	Zwischenergebnis und Stellungnahme	242
6.1.3	Prüfung der Rechnungslegung als „Kardinalaufgabe“ ...	245
6.1.3.1	Gegenstände der Rechnungslegungsprüfung	245

6.1.3.1.1	Prüfung innerhalb des Kooperationsystems	245
6.1.3.1.2	Prüfung ohne Abschlussprüferunterstützung	246
6.1.3.2	Streitfrage nach Art und Umfang (Intensität) der Prüfung	247
6.1.3.2.1	Prinzip selbstständiger Prüfung und Urteilsbildung	247
6.1.3.2.2	Zwischenfazit: Fehlgeleitete Stichprobenfrage	255
6.1.3.2.3	Keine CSR-spezifische Prüfungsintensität	260
6.1.3.3	Zwischenergebnis und Stellungnahme	264
6.1.4	Prüfung der Überwachungssysteme als Büchse der Pandora	265
6.1.4.1	Gegenstände der (Überwachungs-) Systemprüfung	265
6.1.4.1.1	Prüfung innerhalb des Kooperationsystems	265
6.1.4.1.2	Prüfung ohne Abschlussprüferunterstützung	267
6.1.4.2	Ungestellte Frage nach Art und Umfang der Prüfung	268
6.1.4.2.1	Marginaler Konkretisierungsgrad	268
6.1.4.2.2	Art und Weise der Prüfung	269
6.1.4.2.3	Informationsschuldner und -umfang	270
6.1.4.2.4	Überwölbender Prüfungsgegenstand	271
6.1.4.2.5	Überwachungsmaßstäbe	272
6.1.4.2.6	Umfang und Intensität der Prüfung	273
6.1.4.3	Zwischenergebnis und Stellungnahme	274
6.2	Geschäftsführungsprüfung durch den Abschlussprüfer	275
6.2.1	Zwecksetzung der erweiterten Abschlussprüfung nach § 53 HGrG	275
6.2.1.1	Öffentliche Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft	275

6.2.1.2	Rechtliche Grundlagen der erweiterten Prüfung	277
6.2.2	Begriff und Bedeutung der Ordnungsmäßigkeit	281
6.2.2.1	Begriffsursprung und Sorgfaltspflicht	281
6.2.2.2	Ordnungsmäßigkeit als Sollobjekt	285
6.2.3	Begriff und Bedeutung der Geschäftsführung	290
6.2.3.1	Rechtliches Begriffsverständnis	290
6.2.3.1.1	Leitung als Teil der Geschäftsführung	290
6.2.3.1.2	Institutioneller Geschäftsführungsbegriff	292
6.2.3.1.3	Konkretisierung durch Verwaltungsvorschriften	293
6.2.3.2	Betriebswirtschaftliches Begriffsverständnis	295
6.2.3.2.1	Funktionaler Geschäftsführungsbegriff	295
6.2.3.2.2	Systematisierung des Prüfungsgegenstands	297
6.2.3.2.3	Konkretisierung durch Fragenkatalog	304
6.2.4	Gegenstände und Umfang der Ordnungsmäßigkeitsprüfung	308
6.2.4.1	Prüfung der Geschäftsführungsorganisation	308
6.2.4.2	Prüfung des Geschäftsführungsinstrumentariums	309
6.2.4.3	Prüfung der Geschäftsführungstätigkeit	313
6.2.4.4	Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse	315
6.2.5	Berichtsformat und Berichtsadressat	318
6.3	Stellungnahme zu erforderlichen Systemerweiterungen	320
6.3.1	<i>Clearing</i> der Vorstandsberichte nach § 90 AktG	320
6.3.2	Amtsadäquate Ausstattung des Aufsichtsrats	322
6.3.3	Zur Übertragbarkeit der Ordnungsmäßigkeitsprüfung	323